

November 2023

Länderbericht

Europabüro Brüssel

Paukenschlag in den Niederlanden – Rechtspopulisten erstmals stärkste Kraft im Land

Dr. Hardy Ostry, Kai Gläser

Die Niederlande haben ein neues Parlament gewählt – das Ergebnis lässt aufhorchen und sorgt auf nationaler und europäischer Ebene für Diskussionen und Beunruhigung. Die rechtspopulistische *Partij voor de Vrijheid* (PVV) um Frontmann Geert Wilders wurde mit Abstand stärkste Kraft und verwies die bis kurz vor der Wahl favorisierten Konkurrenten aus dem Mitte-Rechts und Mitte-Links-Spektrum deutlich auf die Plätze zwei bis vier. Eine Regierungsbildung dürfte schwierig werden und viel Zeit in Anspruch nehmen. Bis in der politisch zersplitterten Zweiten Kammer der Generalstaaten (vergleichbar mit dem Deutschen Bundestag) eine neue Mehrheit gefunden ist, bleibt das vierte Kabinett von Langzeit-Premierminister Mark Rutte geschäftsführend im Amt.

Wilders zieht im Wahlkampfendspurt an Konkurrenz vorbei

Bereits unmittelbar nach Schließung der Wahllokale und Veröffentlichung der ersten Exit-Polls um 21:00 Uhr deutete sich an, was innerhalb und außerhalb der Niederlande bis wenige Tage vor der Wahl kaum jemand für möglich gehalten hatte: einen Wahlsieg der Rechtsaußen-Partei von Geert Wilders. Über Monate hatte er mit seiner Partei, deren einziges offizielles Mitglied er selbst ist, in den Umfragen bei 11-13 Prozent Zustimmung auf dem vierten Platz gelegen. Vier Tage vor der Wahl tauchten dann erste Erhebungen auf, die ihn gleichauf mit drei

anderen Parteien sahen, von denen erwartet worden war, dass sie den ersten Platz unter sich ausmachen: die rechtsliberale *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD), die nach dem Ausscheiden von Mark Rutte von der amtierenden Justizministerin Dilan Yeşilgöz in die Wahl geführt wurde, die gemeinsame Liste von Sozialdemokraten und Grünen (*GroenLinks/PvdA*) um den früheren Vize-Präsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, sowie die erst im August vom ehemaligen Christdemokraten Pieter Omtzigt gegründete Partei *Nieuw Sociaal Contract* (NSC). Am Ende einer langen Wahlnacht erreichte Wilders 23,7% der Stimmen (37 Sitze), womit er sein Ergebnis der Parlamentswahl 2021 mehr als verdoppelte. Auf dem zweiten Platz landete GL/PvdA mit 15,6 Prozent der Stimmen (25 Sitze, +9), knapp vor der VVD mit 15,2 Prozent der Stimmen (24 Sitze, -10) und NSC, die aus dem Stand heraus 12,9 Prozent der Stimmen und 20 Sitze im Parlament gewinnen konnte. In den Wochen vor der Wahl war die Partei in den Umfragen noch deutlich weiter vorne gelegen. In einer ersten Reaktion vor seinen Anhängern zeigte sich der Wahlsieger im Küstenort Scheveningen euphorisch und rief die anderen Parteien dazu auf „über ihren Schatten zu springen“. Ein solches Wahlergebnis könne nicht ignoriert werden.

PVV punktet im Wahlkampf vor allem mit Migrationsthematik

Während des Wahlkampfs hatte Wilders, der sich gern als Außenseiter geriert, in

Wirklichkeit aber mit 25 Jahren Zugehörigkeit das dienstälteste Mitglied des niederländischen Parlaments ist, von seiner in den vergangenen Jahren scharfen Rhetorik gegen den Islam verabschiedet und gemäßigtere Töne angeschlagen. Dass seine Partei in ihrem Wahlprogramm den Austritt der Niederlande aus der Europäischen Union („Nexit“) fordert, wurde in jüngerer Vergangenheit ebenfalls kaum noch erwähnt. Stattdessen verstand es Wilders nach Einschätzung zahlreicher politischer Kommentatoren gut, die drei Hauptthemen des Wahlkampfes miteinander zu verbinden: den anhaltend hohen Migrationsdruck in der EU und den Niederlanden, die Krise auf dem niederländischen Wohnungsmarkt sowie die Inflation und die durch sie steigenden Lebenshaltungskosten im Land. Alle drei Themen sollen durch eine deutlich restriktivere Einwanderungspolitik und einen Aufnahmestopp von Asylsuchenden angegangen werden. Trotz der zuletzt gemäßigteren Rhetorik, welche ihm im Wahlkampf bereits den Spitznamen „Geert Milders“ eingebracht hatte, wiederholte er am Wahlabend sein Credo, den „Asyl-Tsunami“ stoppen zu wollen. Laut einer im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (NOS) veröffentlichten Nachwahlbefragung, war die Migrationsthematik für 80 Prozent der PVV-Wähler das entscheidende Kriterium bei ihrer Wahlentscheidung. Die weiteren Vorhaben lassen sich unter dem Slogan „Niederländer wieder an die erste Stelle setzen“ zusammenfassen.

Bisherige Regierungsparteien verlieren deutlich an Zustimmung

Neben der VVD des amtierenden Premierministers Mark Rutte, der mit 13 Jahren im Amt nach Viktor Orbán der dienstälteste Regierungschef der Europäischen Union ist, mussten auch die drei bisherigen Koalitionspartner herbe Verluste hinnehmen. Die linksliberalen *Democraten 66* (D66), die 2021 noch als großer Gewinner aus der Parlamentswahl hervorgegangen waren, stürzten von 15 auf 6,2 Prozent der Stimmen ab und werden künftig mit neun statt 24 Sitzen im

Parlament vertreten sein. Spitzenkandidat Rob Jetten machte in seinem Statement am Wahlabend die Rutte-Partei für den Erfolg der Rechtspopulisten mitverantwortlich. Mit der Entscheidung, die bisherige Regierung im Sommer im Streit über strengere Asylregeln stürzen zu lassen, und der anschließend starken Fokussierung auf diese Thematik im Wahlkampf habe die Partei auf dem Rücken von Flüchtlingen Wahlkampf gemacht und die extremen Positionen von Geert Wilders damit normalisiert.

Der christdemokratische *Christen-Democratische Appèl* (CDA), über Jahrzehnte die staatstragende Partei des Landes, die 2021 mit 9,5 Prozent der Stimmen ihr historisch schwächstes Ergebnis eingefahren hatte, kam nur noch auf 3,3 Prozent Zustimmung, die für fünf (statt bisher 15) Sitze im Parlament reichen. Spitzenkandidat Henri Bontenbal zeigte sich vom Ergebnis enttäuscht, aber auch zuversichtlich, den Elan und Enthusiasmus des Wahlkampfes in ein neues Auftreten der Partei umwandeln zu können. Die Christdemokraten hatten sich nach dem schwachen Abschneiden bei der letzten Wahl einem Reformkurs mit Verjüngung des politischen Personals verschrieben, der eigentlich bis zur nächsten regulären Wahl 2025 hätte abgeschlossen werden sollen.

Der kleinste Koalitionspartner, die calvinistische *ChristenUnie* (CU), verlor 1,4 Prozent und wird im neu gewählten Parlament nur noch mit drei Abgeordneten vertreten sein. Diese geringe Änderung im Vergleich zur letzten Wahl lässt aber dennoch aufhorchen, da die CU in einem Land, in dem die klassische Parteibindung noch einmal deutlich geringer ausgeprägt ist als beispielsweise in Deutschland, seit über 20 Jahren eine stabile Wählerbasis zwischen drei und vier Prozent der Stimmen hatte.

Wählerwanderung und regionale Unterschiede im Wahlverhalten

Betrachtet man die in niederländischen Medien veröffentlichten Daten zur Wähler-

wanderung, ergibt sich ein disparates Bild. Während die PVV neben ihrer eigenen Wählerklientel vor allem von der VVD sowie aus dem Nichtwählerbereich Stimmen abwerben konnte, zahlten die Stimmen der anderen Koalitionspartner kaum auf das Konto von Geert Wilders ein. Die meisten Wählerinnen und Wähler, die beim letzten Mal D66 gewählt hatten, entschieden sich diesmal für die gemeinsame Liste von Sozialdemokraten und Grünen. CDA und CU verloren dagegen zahlreiche Anhänger an die neue Partei NSC, was bei der politischen Herkunft des Parteigründers und Spitzenkandidaten keine wirkliche Überraschung ist.

Betrachtet man die regionalen Unterschiede im Wahlverhalten, kann von einem flächendeckenden Erfolg der PVV gesprochen werden. Mit Ausnahme der Regionen Amsterdam und Utrecht, die mehrheitlich an GL/PvdA gingen und der ostniederländischen Provinz Overijssel, die als Heimat von Pieter Omtzigt mehrheitlich für dessen Partei NSC votierte, ging Geert Wilders mit seiner Partei in den meistens Wahlkreisen des Landes (inklusive in Großstädten wie Rotterdam und Den Haag) als Sieger aus der Abstimmung hervor. Am größten war die Unterstützung in seiner Heimatprovinz Limburg im Südosten des Landes, wo viele Wahlkreise mit über 30 Prozent, einige sogar mit über 40 Prozent, Zustimmung an die PVV gingen.

Mehrheitsfindung könnte für Wilders schwierig werden

Um sich seinen lang gehegten Traum, Premierminister der Niederlande zu werden, erfüllen zu können, benötigt Wilders Koalitionspartner, was nach Lage der Dinge nicht einfach werden dürfte und Zeit in Anspruch nehmen wird. Wilders selbst hatte sich noch am Wahlabend für eine Zusammenarbeit mit der VVD, der neuen Partei NSC sowie der Bauern-Bürger-Bewegung (BBB) ausgesprochen. Letztere hatte die Regionalwahlen im März in allen zwölf Provinzen gewonnen und anschließend über mehrere

Monate die Umfragen angeführt. In den vergangenen Wochen befand sie sich dann jedoch im freien Fall und landete am Mittwoch bei 4,7 Prozent der Stimmen und sieben Sitzen (+6). Parteichefin Caroline van der Plas (ebenso wie Pieter Omtzigt eine ehemalige Christdemokratin) zeigte sich in ersten Reaktionen gesprächsbereit, betonte aber, dass der PVV-Chef im Falle einer Zusammenarbeit seine gemäßigten Positionen beibehalten müsse.

Die VVD befindet sich dagegen in einem (selbst geschaffenen) Dilemma. Spitzenkandidatin Yeşilgöz hatte – anders als ihr Vorgänger Mark Rutte – im Wahlkampf eine Zusammenarbeit mit Wilders Freiheitspartei zunächst nicht ausgeschlossen. In den Tagen vor der Wahl, als die Aufholjagd der PVV bereits begonnen hatte, betonte sie dann, dass eine Zusammenarbeit unter einem Premierminister Wilders nicht in Frage komme, und am Wahlabend äußerte sie sich zurückhaltend und betonte, der Ball liege nun zunächst im Spielfeld der Wahlgewinner. Die fehlende Klarheit in ihren Aussagen wird der VVD nun sowohl von Konkurrenten als auch politischen Beobachtern vorgeworfen. Während die einen behaupten, man habe die PVV durch die Aussicht auf eine Zusammenarbeit erst salonfähig gemacht, kritisieren andere, dass die Kehrtwende kurz vor dem Wahltag unentschlossene Wähler eher zu Wilders getrieben habe, damit er in möglichen Koalitionsverhandlungen nicht umgangen werden kann. Die VVD war zudem Wilders politische Heimat, ehe er 2004 seine PVV gründete.

Pieter Omtzigt und seine NSC hatten sich im Wahlkampf klar gegen eine Zusammenarbeit mit der PVV ausgesprochen und dies vor allem mit der Programmatik der Partei begründet, die in ihren Forderungen (z.B. einem Verbot von Moscheen und dem Koran) gegen die Verfassung verstoße. Am Wahlabend betonte er – ohne eine Koalition mit Wilders beim Namen zu nennen – dass seine Partei bereit sei, die Verantwortung zu übernehmen, welche sich aus dem starken Wahlergebnis für NSC ableite.

Ausgeschlossen ist dagegen eine Zusammenarbeit zwischen PVV und GL/PvdA. Als ein emotionaler Frans Timmermans am Wahlabend in Amsterdam vor seine Anhänger trat, versicherte er, niemals mit einer Partei zu koalieren, die Niederländerinnen und Niederländer aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe ausgrenze und Flüchtlinge für alle Probleme im Land verantwortlich mache. Er rief seine Anhänger zudem dazu auf, in den kommenden Tagen und Wochen auf Menschen zuzugehen, die sich aufgrund des Wahlergebnisses die Frage stellten, ob sie noch in dieses Land gehörten und diese Frage mit einem klaren „Ja“ zu beantworten.

Rechnerisch wäre eine Mehrheit auch ohne die PVV möglich, dies würde jedoch mit der seit 1977 ununterbrochen bestehenden Tradition brechen, dass der Spitzenkandidat der stärksten politischen Kraft im Land auch das Amt des Premierministers übernimmt. Die Stabilität einer solchen Regierung, die dann sehr unterschiedliche politische Lager vereinen müsste, wird zudem allgemein als überschaubar angesehen. Denkbar wäre unter Umständen auch eine, wie auch immer geartete, Minderheitsregierung, ein in den Niederlanden kein ganz neues Konzept.

Politische Fragmentierung und Vertrauenskrise der etablierten Politik

Die in den Niederlanden seit vielen Jahren vorhandene politische Fragmentierung hat sich auch bei diesem Urnengang fortgesetzt. Zwar haben es vier Parteien weniger als bisher in die Zweite Kammer geschafft, die Anzahl von 16 Parteien und Wählerbündnissen bleibt jedoch überdurchschnittlich hoch und erschwert die Mehrheitsfindung im Parlament. Neben den bereits genannten politischen Kräften sind dies vor allem kleinere und Kleinstparteien wie die Tierschutzpartei *Partij voor de Dieren*, die pro-europäische Partei *Volt* oder die Partei *DENK*, die sich vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund einsetzt. Anders als der Deutsche Bundestag, kennt das niederländische Parlament keine Sperrklausel, sodass jede Partei, die einen Sitz in der

Zweiten Kammer erringt, auch in ihr vertreten ist. Daraus ergibt sich eine faktische Sperrklausel von 0,67 Prozent, was gut 63.000 Stimmen entspricht.

Das Wahlergebnis muss auch vor dem Hintergrund einer tiefen Vertrauenskrise der etablierten Parteien betrachtet werden. Bereits nach der letzten regulären Parlamentswahl 2021 hatten Erhebungen gezeigt, dass das Vertrauen in die etablierte Politik und staatliche Institutionen einen historischen Tiefstand erreicht hatte. Aus dieser Gemengelage heraus erklärt sich auch der Erfolg der neuen Parteien BBB und NSC, welche über Monate die nationalen Umfragen dominiert hatten. Beide waren angetreten, um das Verhältnis von Bürgern und Staat zu verändern und vor allem die Belange des ländlichen Raums in den Fokus zu stellen. Bereits seit vielen Jahren herrscht in den Niederlanden eine politische Diskrepanz zwischen der sogenannten *Randstad* (einer die Metropolregionen Amsterdam, Den Haag und Rotterdam umfassenden Region im Westen des Landes) und dem Rest der Niederlande. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in den ländlichen Regionen gaben in Umfragen an, das Gefühl zu haben, dass Entscheidungen hauptsächlich durch und für Menschen in den urbanen Räumen getroffen werden. Während sich dieser Unmut durch BBB und NSC zunächst in der politischen Mitte zu kanalisieren schien, profitierte bei der vorgezogenen Neuwahl wohl auch Geert Wilders von dieser Stimmung.

Der weite Weg vom Wahlergebnis zur neuen Koalition

Der Weg zu einer neuen Parlamentsmehrheit und einer möglichen Koalition startet im Parlament. Die Zweite Kammer bestimmt zunächst einen sogenannten *Informateur*, im Normalfall eine bekannte und erfahrene politische Persönlichkeit, die zunächst grundsätzlich die verschiedenen Optionen auf dem Weg zu einer politischen Mehrheit auslotet. Zu diesem Zweck trifft sich der *Informateur* mit den im Parlament

vertretenen Parteien und diskutiert verschiedene Koalitionsoptionen. Bis 2012 wurde der *Informateur* von Königin Beatrix bestimmt, seither entscheidet das Parlament, wem diese Rolle zukommt. Dem amtierenden König, Willem-Alexander, kommt in diesem Verfahren keine aktive Rolle mehr zu. Sobald eine mögliche Koalition gefunden wurde, übernimmt der *Formateur*, im Normalfall der designierte Premierminister, und schließt die Verhandlungen mit Entscheidungen über den Koalitionsvertrag sowie die Ressortzuständigkeiten ab. Am Ende des Prozesses steht die Vereidigung des neuen Kabinetts durch den König. Nach der Wahl 2021 dauerte es neun Monate, bis die alte Regierung auch die neue war – vor diesem Hintergrund ist von einer langwierigen Regierungsbildung auszugehen.

Fazit

Der Ausgang der vorgezogenen Parlamentswahl in den Niederlanden hat international für großes Aufsehen gesorgt. In den kommenden Wochen wird sich zeigen, ob Geert Wilders den mitunter gemäßigten Ton des Wahlkampfs beibehält, und wie mögliche Koalitionspartner aus der politischen Mitte mit den in seinem Wahlprogramm definierten Maximalforderungen umgehen werden. Die Tatsache, dass die ersten Glückwünsche zum Wahlerfolg nicht etwa aus Brüssel kamen, sondern von Viktor Orbán sowie von Rechtspopulisten aus Frankreich, Italien und Deutschland verdeutlicht die Gesellschaft, mit der sich der Wahlgewinner bisher umgeben hat.

Auf europäischer Ebene könnte sich eine von ihm geführte Regierung zudem grundlegend anders positionieren als bisher. Neben der „Nexit“-Debatte spricht sich Wilders für ein Ende der militärischen Unterstützung der Ukraine (die Niederlande sind in diesem Zusammenhang bislang sehr engagiert gewesen und haben als eines der wenigen Länder auch die Lieferung von F-16-Kampfflugzeugen zugesagt) sowie für deutlich geringere Ausgaben im Bereich des Klimaschutzes aus – ein weiteres EU-Kernprojekt.

Selbst wenn die möglichen Koalitionspartner, die sich in der EU bislang pragmatisch gezeigt haben, die obenstehenden Vorhaben entschärfen können, steht zu befürchten, dass eine Regierung Wilders deutlich weniger kooperativ auftreten könnte. Auch seine – in letzter Zeit zwar weniger häufig wiederholten, gleichzeitig aber auch nie zurückgenommenen – pro-russischen Einlassungen aus der Vergangenheit geben Grund zur Besorgnis.

Besorgt zeigen sich auch Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, die befürchten, dass eine Nulltoleranzlinie im Bereich der Zuwanderung sich negativ auf den Wirtschaftsstandort Niederlande auswirken wird, der mehr als viele andere auf offene Grenzen und den EU-Binnenmarkt angewiesen ist. In einem ersten Statement zum Wahlausgang betont etwa die Deutsch-Niederländische Handelskammer (DNHK) in Den Haag, dass es essenziell sei, dass „die Niederlande auch in Zukunft ein wirtschaftsfreundliches Land bleiben, das auch weiter offen steht für gutausgebildete Arbeitsmigranten, und gemeinsam mit den Unternehmen an einem starken, inklusiven, nachhaltigen und verlässlichen Land arbeitet“.

Offen ist zudem, welche Folgen das Wahlergebnis für den innenpolitischen Diskurs und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Niederlanden haben wird. Zwar hatten Politikwissenschaftler und politische Beobachter seit vielen Jahren auf den Umstand hingewiesen, dass es erhebliches Wählerpotenzial rechts der VVD gebe, welches in den vergangenen Jahrzehnten auch immer wieder zum Vorschein gekommen war (Wahlerfolge der *Lijst Pim Fortuyn* – 2002 sowie des *Forum voor Democratie* – 2019), eine so starke Rückkehr der PVV, die nach dem Aufkommen des FvD zeitweise bei deutlich unter fünf Prozent der Stimmen gelegen hatte, hatten jedoch selbst die meisten Expertinnen und Experten nicht für möglich gehalten. Sehr besorgt zeigen sich auch Vertreterinnen und Vertreter der muslimischen Gemeinden im Land, die befürchten, dass nach Ende des Wahlkampfs wie-

der der alte Geert Wilders zurückkehrt, der in früheren Jahren mit seinen islamophoben Äußerungen in ganz Europa Bekanntheit erlangt hat. Von den rund 17 Millionen Einwohnern der Niederlande bekennen sich rund 1,3 Millionen zum muslimischen Glauben. Wilders Ankündigung, ein Premierminister „für alle Niederländer, unabhängig von ihrer Herkunft“ sein zu wollen, kann diese Befürchtungen nicht zerstreuen.

Am Tag nach der Wahl gab es mehrere Protestkundgebungen in Amsterdam und Utrecht, bei denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich gegen Geert Wilders als Premierminister aussprachen. In Den Haag protestierte die niederländische Sektion von Greenpeace vor dem Türmchen des niederländischen Parlamentsgebäudes, in dem sich die Büroräume des Ministerpräsidenten befinden, und forderte, dass ein Klimaleugner kein Premierminister werden dürfe.

Unabhängig davon, wie die ersten Konsultationsgespräche in den kommenden Tagen ausgehen werden, wird eine neue Regierung vor der schwierigen Aufgabe stehen, in einem gesellschaftlich aufgeheizten Klima agieren zu müssen. Die Aufarbeitung des

Wahlergebnisses – vor allem der Hintergrund des spektakulären Schlusssturzes der PVV – steht unterdessen ebenfalls noch ganz am Anfang. In zahlreichen Meinungsbeiträgen, die seit dem Wahltag veröffentlicht und gesendet wurden, wird der Partei des bisherigen Premierministers Rutte und ihrem Zickzackkurs in Bezug auf die PVV jedoch mindestens eine Mitschuld an der Stärke der Rechtspopulisten gegeben.

Welche Rolle die Christdemokraten (CDA) in dieser neuen Gesamtgemengelage spielen werden, bleibt abzuwarten. Henri Bontenbal betonte, dass man am Kurs der Reformen und personellen Verjüngung festhalten werde. Man habe nur wenige Monate gehabt, um einen Reformprozess, der auf eine komplette Legislaturperiode angelegt war, umzusetzen, so Bontenbal. Während der Kampagne habe er viel Zuspruch erhalten und innerhalb der Partei eine neue Euphorie gespürt, die man in den kommenden Monaten und Jahren nutzen wolle, um bei Wahlentscheidungen wieder besser dazustehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)